



öffentlich

Betreff:

Klinikum Ernst von Bergmann gemeinnützige GmbH

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 19.02.2019

Eingang 922:

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
06.03.2019	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird in seiner Funktion als Vorsitzender des Aufsichtsrates und Gesellschafter der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH beauftragt, eine externe Evaluierung des Gesamtkonzerns zu veranlassen.

In die Aufgabenstellung sollen auf der Grundlage des Gesellschaftsvertrages und des Leitbildes des Klinikums folgende Aspekte aufgenommen werden:

- Unternehmens- und Führungskultur
- Transparenz von Entscheidungen
- Mitbestimmungsmöglichkeiten der Mitarbeitenden
- Personalbemessung; Einhaltung von Standards
- Zufriedenheit der Mitarbeitenden
- Sicherung von Standards in der Pflege und in der ärztlichen Versorgung
- Struktur und Organisation der Arbeitsabläufe

In den Evaluierungsprozess soll eine Befragung der Mitarbeitenden aufgenommen werden.

Der Hauptausschuss soll im April 2019 über die Aufgabenstellungen der Evaluierung durch eine externe Firma informiert werden.

Die Ergebnisse der Evaluierung sind der Stadtverordnetenversammlung im September 2019 vorzulegen.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Eine im Jahr 2013 auf Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Potsdam durchgeführte Evaluierung der Tochtergesellschaften der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH hat nur hinsichtlich der Erreichung ihrer Zielstellungen, die Begründung für eine unabdingbare Gründung als Tochtergesellschaft am Klinikum gegenüber der Stadtverordnetenversammlung Potsdam waren, stattgefunden (siehe MV 14/SVV/0062, Anlage).

In den vergangenen Jahren haben sich auf Bundes- und Landesebene erhebliche gesetzliche Veränderungen ergeben, die den Konzern als städtische Gesellschaft vor neue Herausforderungen gestellt haben. Damit bisher durchgeführte Strukturveränderungen im Mutterkonzern, die Gründung weiterer Tochtergesellschaften, die Diskussionen um Tarifverhandlungen, die Mitnahme der Beschäftigten der Gesellschaft in diesen Prozessen fanden unter teilweise erheblichen Zeit- und Finanzdruck statt.

Eine Evaluierung des Gesamtkonzerns durch ein externes Unternehmen ist unter diesen Umständen dringend erforderlich.



Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Betreff: Klinikum Ernst von Bergmann gemeinnützige GmbH

Erstellungsdatum 26.03.2019

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
27.03.2019	Hauptausschuss	X	
03.04.2019	Stadtverordnetenversammlung		X

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, als Gesellschaftervertreter der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH mit der Gewerkschaft Ver.di und dem Betriebsrat Gespräche mit folgender Zielstellung zu führen:

1. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH, dem Klinikum Westbrandenburg (Standort Potsdam) und allen 100%igen Tochtergesellschaften des Klinikkonzerns besonders im Bereich der Pflege.
2. Die Aufnahme von Tarifverhandlungen anzustreben, um einen Tarifabschluss mit gleichen Tarifbedingungen für alle Beschäftigtengruppen in der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH, dem Klinikum West Brandenburg (Standort Potsdam) und aller 100%igen Tochtergesellschaften zu erreichen.
3. Zu prüfen, welche Instrumente in einer Konzernbetriebsvereinbarung zwischen Konzernbetriebsrat und Geschäftsführung verankert werden können, um die Mitarbeitendenzufriedenheit für alle Beschäftigtengruppen gleichermaßen zu gewährleisten (z.B. regelmäßige Mitarbeitendenbefragungen, Benchmarking usw.)

In den Gesprächen finden die Arbeitsstände und Ergebnisse der regelmäßigen Standortbestimmungen und die Berichte der Risikokommission Eingang.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im November 2019 über die Ergebnisse in einer Mitteilungsvorlage zu informieren.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift